

Paul Kunow als Gemeindevertreter

Gemeindevertreter (GV) Kunow vertritt bestimmt die Ansicht, dass ein Vorgarten, der zur Benutzung als Straße überlassen ist, auch für alle Straßenzwecke müsse in Anspruch genommen werden können; hierzu gehöre aber auch das Legen von Fernsprechkabeln. Es sei also überflüssig in den Vertrag irgendeine einschränkende Bestimmung aufzunehmen. 14.1.1899

GV Kunow bezeichnet die Rüster (Ulmen) als den schauerhaftesten aller Alleebäume. Gerade in kleinen Häusern herrsche in diesen Straßen die umgekehrte Welt, denn im Sommer sei es dort dunkel, im Winter hell. Man bekomme nichts vom Himmelslicht zu sehen und wohne deshalb ebenso wie in einer Berliner Mietskaserne. Er wundere sich, dass Ärzte für die Erhaltung der vielen Bäume eintreten sollten. Die Hygiene sehe doch gerade im Licht einen Heilfaktor, den Zerstörer der kleinen Lebewesen. Schatten bleibe noch genug, wenn auch Bäume herausgenommen werden. Jetzt sei es unmöglich, die Vorgärten zu erhalten, da dort nichts fortkomme. Er gebe zu, dass die Bäume ein Schmuck Friedenaus sind, aber ein übertriebener Schmuck wirke nie schön. Er nehme an, dass die Leute, die die Alleen angelegt haben, gleich etwas schaffen wollten und die spätere Lichtung für selbstverständlich hielten. 23.9.1899

Ein von GV Kunow eingebrachter Antrag, das Gymnasium an der Handjerystraße 10 Meter statt 6 Meter zurückzusetzen, wurde abgelehnt. Die von Herrn Bauinspektor Engelmann angeregte Kassierung der Straße vor dem Baugrundstück wurde von der Gemeindevertretung warm befürwortet. Der Maybachplatz würde dann ein prächtiger Vorplatz für das Gymnasium und die später zu errichtende Volksschule werden. Auf den bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebrachten Antrag Schönebergs betr. Durchlegung der Hähnelstraße soll die Antwort erteilt werden, dass der neuere Bauflichtlinienplan von Friedenau 30 Meter Breite vorschreibe, wovon 10 Meter auf den Straßendamm, je 4 Meter auf die Bürgersteige und je 6 Meter auf die Vorgärten entfallen. Zurzeit ist die genannte Straße nur in einer Breite von 27 Meter angelegt. 22.9.1900

GV Kunow stellt den Antrag, die Kaiserallee mit Asphalt zu pflastern. Kopfsteine seien gänzlich zu verwerfen. In anderen Städten gehe man allgemein zum Asphalt über, nur hier wolle man einen Rückschritt machen. Wenn die Straßenbahn die Linie 66 verlängern wolle, dann werde sie es sowieso tun. An der Kirche müsse man doch geräuschloses Pflaster haben. 12.5.1905

GV Kunow hält ein Examen nicht für notwendig, wenn man die Bedingung stelle, dass der Betreffende die Baugewerkschule besucht haben müsse. Durch das Examen erkennt man doch noch nicht, ob er etwas leisten könne oder nicht, es gebe Leute, die kein Examen gemacht haben und viel tüchtiger sind, als solche, die ein Examen gemacht haben. 18.11.1905

GV Kunow bezeichnet sich als Hundefreund, hält sich jedoch keinen Hund, weil er die vielen Umständlichkeiten scheut. Er hält es auch für das Richtige, daß sämtliche Hunde einen Maulkorb tragen. Er ist nicht dafür, dass Hunde an der Leine geführt werden. Auch ist die Bestrafung eine zu harte, Fanggeld, Futterkosten und Strafe muss der Besitzer für den Hund zahlen, der ihm mal entwischt und auf der Rheinstraße umherläuft. 4.5.1906

GV Kunow ist Gegner des Ratskellers. Man hat Gelegenheit genug, hier in anderen Restaurants zusammenzukommen. Es fehle hier höchstens noch ein großes Gesellschaftshaus. Er ist dafür, daß der Ratskeller vom Programm gestrichen wird und stelle deshalb hiermit diesen Antrag. Daraufhin erläutert Herr Gemeindebaurat Altmann nochmals den Rathausbau. Da das Erdgeschoss zur Polizeiwache ebenfalls Verwendung finden müsse, so ist es doch notwendig, um eine gewisse Höhe herauszubekommen, das Erdgeschoss in der geplanten Höhe auszubauen. Hat man später die Absicht, diese übrigbleibenden Räume zu etwas anderem, als zum Ratskeller zu gebrauchen, so ließe sich das dann immer noch machen. GV Kunow zieht seinen Antrag zurück, da er sich überzeugt habe, man könne später noch bestimmte Beschlüsse fassen. 5.10.1906

GV Kunow gehört zu denjenigen, die auch für Entwässerung zahlen müssen, er ist aber trotzdem für die Vorlage, weil er den jetzigen Zustand für ungerecht ansieht. Eine einheitliche Sache, die alle befriedigt, wird man nie finden. Man sollte mit dem jetzt erreichten Wenigen zufrieden sein, da man nie wisse, wie das Oberverwaltungsgericht entscheidet, es könne ebenso einen höheren Betrag für zu Recht anerkennen, und so ist ihm ein Sperling in der Tasche lieber, als 10 auf dem Dache. 17.2.1908

GV Kunow wünscht auf dem Friedrich Wilhelm-Platz neue Kiesschüttungen noch in diesem Winter; an verschiedenen Stellen treten dort die Steine hervor und bilden so eine Gefahr. Eine Kiesschüttung ist

dort sehr erforderlich. Er weiß auch keinen Grund, warum damit bis zum Frühjahr gewartet werden solle. 23.10.1908

Unter Erteilung einer Ausnahme vom Bauverbot ersucht Baurat Altmann, dem Bauunternehmer B. Danziger (Charlottenburg) die Bauerlaubnis zur Errichtung eines Gebäudes Südwestkorso 1, Ecke Varzinerstraße 7, zu erteilen. Die Bauerlaubniserteilung wird notwendig, da die Varzinerstraße noch nicht reguliert ist. Bürgermeister Schnackenburg schlägt vor, sich gleich mit der Bauerlaubniserteilung für die ganze Varzinerstraße einverstanden zu erklären. Dem tritt GV Kunow entgegen, der zunächst eine vollständige Regulierung der Straße wünscht. 8.1.1909

Über Vergebung von Leistungen für den Neubau des Realgymnasiums bezeichnet GV Kunow die Anschuldigung für unrichtig. Es wird im Bauausschuss immer wieder und wieder erwogen, wie man die Friedenauer bevorzugen kann und gerade Baurat Altmann ist stets bemüht, den Friedenauern möglichst Aufträge zukommen zu lassen. Es ist also eine gänzlich ungerechte Anschuldigung. 17.12.1909

GV Kunow hält es für einen Fehler, den Platz mit einer Grasdecke zu versehen. Jetzt liegt der Platz da und kann vorläufig noch nicht benutzt werden. Wenn nun im Winter eine Eisbahn auf den Platz kommt, so wird die Grasnarbe wieder vernichtet und im nächsten Jahre ist wiederum im Frühjahr neu zu säen, so dass der Platz jedes Jahr vielleicht erst im Hochsommer in Benutzung genommen werden kann. Wenn man mit einer Grasdecke wirklich etwas erreichen will, so muss man den Platz vollkommen unbenutzt etwa 3 Jahre lang liegen lassen. 18.6.1909

GV Kunow wendet sich zunächst gegen den Vorwurf, dass der Baurat das Projekt vom Wilmersdorfer Platz mit weniger Liebe behandelt hätte. Er sei Mitglied des Wettbewerb-Ausschusses gewesen und weiß daher, welches großes Interesse der Herr Baurat diesem Projekte zugewendet habe. Aus den sämtlichen damaligen 90 Entwürfen konnte keiner den ersten Preis erringen. Der Herr Baurat hatte hierzu außer Wettbewerb selbst ein Projekt eingereicht, das nach Schluss der Preisverteilung geöffnet und von der Jury als das Beste anerkannt wurde. Auf dem Boden dieses Projektes stehe das heutige Projekt noch. GV Kunow erklärt, dass er auch heute noch für die Errichtung des Rathauses am Wilmersdorfer Platz sei und zwar aus Sparsamkeitsgründen. Das Raumprogramm hält er für unnötig groß gewählt. Bei dem Ratskeller ist mit Mietsausfällen, die nicht gering sein werden, zu rechnen. Man habe keinen Berliner Ratskeller, man könne höchstens den halben Mietspreis, wie berechnet, einsetzen. Die finanzielle Seite der Sache lässt sich sehr antasten; es wäre gut, wenn diese nochmals genau durchgesehen und eine Gegenrechnung aufgestellt wird. Er empfehle, dass sich nochmals ein Ausschuss, der mit dem Bauausschuss in keiner Verbindung stehe, mit der Sache beschäftige. Gelingt es ihm, eine andere Rechnung aufzustellen, so müsse auch diese geprüft werden. 20.11.1911